

dadurch verdrängt oder vernichtet. Der Weltagrarbericht 2015 (erstellt im Auftrag der Weltbank) kommt demgegenüber zu dem Ergebnis, dass weltweit die Zukunft der kleinbäuerlichen Landwirtschaft gehören muss: aus Gründen der Ernährungssicherheit, der Umweltverträglichkeit sowie des Erhalts der wirtschaftlichen Existenzgrundlage von über einem Drittel der Menschheit.

Das politische Regulierungsgebot heißt hier:

Schutz und Ausdehnung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Sicherung der Ernährungssouveränität eines Landes.

Auch der in den Freihandelsabkommen geplante Druck auf die öffentliche Daseinsvorsorge in Richtung unumkehrbare „Liberalisierung“, sprich Privatisierung, ist das Gegenteil von dem, was der Klimawandel verlangt. Wir brauchen jetzt einen starken öffentlichen Sektor, in dem Entscheidungen nicht nach rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen werden, sondern im Sinne des Gemeinwohls und des Klimas.

Das politische Regulierungsgebot heißt hier:

Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und ihre Loslösung von Profitinteressen, damit Gemeinwohl ohne Wachstumsinteressen der Wirtschaft möglich wird.

Die in TTIP (und CETA) vorgesehenen Klagerechte für Investoren können für die jetzt dringend benötigte Klima- und Energiewendepolitik fatale Folgen haben. Neue Grenzwerte, Vorschriften, Normen seitens des Gesetzgebers für Produktion, Bau, Transport, usw. werden künftig unerlässlich sein, um Ressourcenschonung und Klimabelange viel stärker als bisher zu berücksichtigen. Die Aussicht, deswegen vor Schiedsgerichten verklagt zu werden, kann diese Bemühungen untergraben.

Das politische Regulierungsgebot heißt hier gerade in der Wirtschaftspolitik:

Auch Unternehmen haben sich den politischen Notwendigkeiten eines nachhaltigen Wirtschaftens zu unterwerfen. Es gibt kein Sonderrecht auf den Erhalt von Profitinteressen auf Kosten des Planeten und der Menschen.

Fazit

Ohne weitere „Handelshemmnisse“ wird es keine Vermeidung der globalen Katastrophe geben. Ein „Freihandel“, der in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine von globalen und gesellschaftlichen Erfordernissen losgelöste Ökonomie, hat da keinen Platz.

Wachstumsförderung durch mehr Freihandel?

realistisch?
erstrebenswert?
umweltverträglich?



Das Versprechen: mehr Freihandel bringt mehr Wachstum und in der Folge mehr Wohlstand für alle

Drei große Freihandels- und Investitionsabkommen befinden sich derzeit „in der Mache“:

- **TTIP** (Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft / EU – USA)
- **CETA** (Rahmenabkommen zur Wirtschafts- und Handelspolitik / EU – Canada)
- **TiSA** (Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen / 23 Mitgliedsländer der WTO)

Die Befürworter dieser heftig umstrittenen Vertragswerke argumentieren u.a. damit, dass angeblich dringend benötigtes Wachstum gerade durch mehr Freihandel erreicht werden könne. Zunächst kann dieser Effekt, zumindest was TTIP und CETA angeht, bezweifelt werden. Kritische Analysen der Studien, auf die sich EU-Kommission und Bundesregierung berufen, ergeben ein prognostiziertes Wirtschaftswachstum in der EU in der Größenordnung von nur 0,1 Prozent pro Jahr.

Wenn das Versprechen nicht realistisch ist, warum werden die Vertragswerke dennoch mit Nachdruck weiter verfolgt?

Da das Ziel von Freihandelsabkommen immer die Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung ist, verbunden mit weitreichenden Rechten der Konzerne ihre „Ansprüche“ einzuklagen, wird hier der Spielraum

für Unternehmen erweitert. Gleichzeitig wird dadurch aber die Freiheit von Regierungen eingeschränkt, demokratisch gewünschte Regulierungen, z. B. Verbraucher- Arbeit- und Klimaschutz vorzunehmen. Mit der in TTIP und in CETA vorgesehenen regulatorischen Kooperation erhalten Wirtschafts-Lobbyisten noch zusätzliche Möglichkeiten der Einflussnahme auf diese Schutzstandards. Genau darum geht es! Besonders transnationale Konzerne, wie z. B. Monsanto, Nestle oder Walmart wollen politisch bedingte Einschränkungen ihrer Investitions- und Produktionsentscheidungen abschütteln. Damit erhoffen sie sich, eine Grundlage für eine verbesserte Gewinnmaximierung zu schaffen. Das ist in der Logik des kapitalistischen Wirtschaftssystems auch völlig schlüssig.

Dieses System beruht auf zwei Leitprinzipien:

- dem **Privatisierungsprinzip**, das heißt der Privatisierung jeder möglichen Wertschöpfung sowie
- dem **Kapitalisierungsprinzip**, das bedeutet, aus Kapital soll durch Gewinn noch mehr Kapital entstehen.

Ökologisch gesehen führt dieses Wirtschaftssystem in die Katastrophe!

Die Weltwirtschaft ist 1950 – 2010 um das Fünffache gewachsen. In diesem Zeitraum wurden geschätzte 60% der Ökosysteme geschädigt. Wächst die

Wirtschaft in diesem Tempo weiter, wird sie 2100 achtzigmal so groß sein wie 1950. Gleichzeitig sollen die Freihandelsabkommen das Wirtschaftssystem, welches das Klimaproblem erst verursacht hat, weiter entgrenzen. Passt das zusammen mit der größten Herausforderung der Menschheit im neuen Millennium, der Bekämpfung des Klimawandels?

Die Bewältigung des Klimawandels ist ein politisches Projekt. Soll es gelingen, müssen sich die wirtschaftlichen Aktivitäten diesem Projekt unterordnen.

Weiter ausgedehnter und internationalisierter Handel bedeutet immer auch mehr Transport. Transportbedingte CO2-Emissionen sind allein seit 1995 um 400% gestiegen (u.a. wegen massiver Handelszunahme durch Freihandel). Und: in absehbarer Zeit bleibt Ferntransport (per Schiff, Flugzeug, LKW) komplett auf die Verwendung fossiler Rohstoffe angewiesen.

Das politische Regulierungsgebot heißt hier:

So viel regionale Wirtschaftskreisläufe wie möglich, so viel überregionaler Handel wie unvermeidbar.

Insbesondere im Agrarbereich hat Freihandel verheerende Auswirkungen. Da Freihandel große Konzerne bevorzugt, werden kleinbäuerliche Agrarbetriebe